

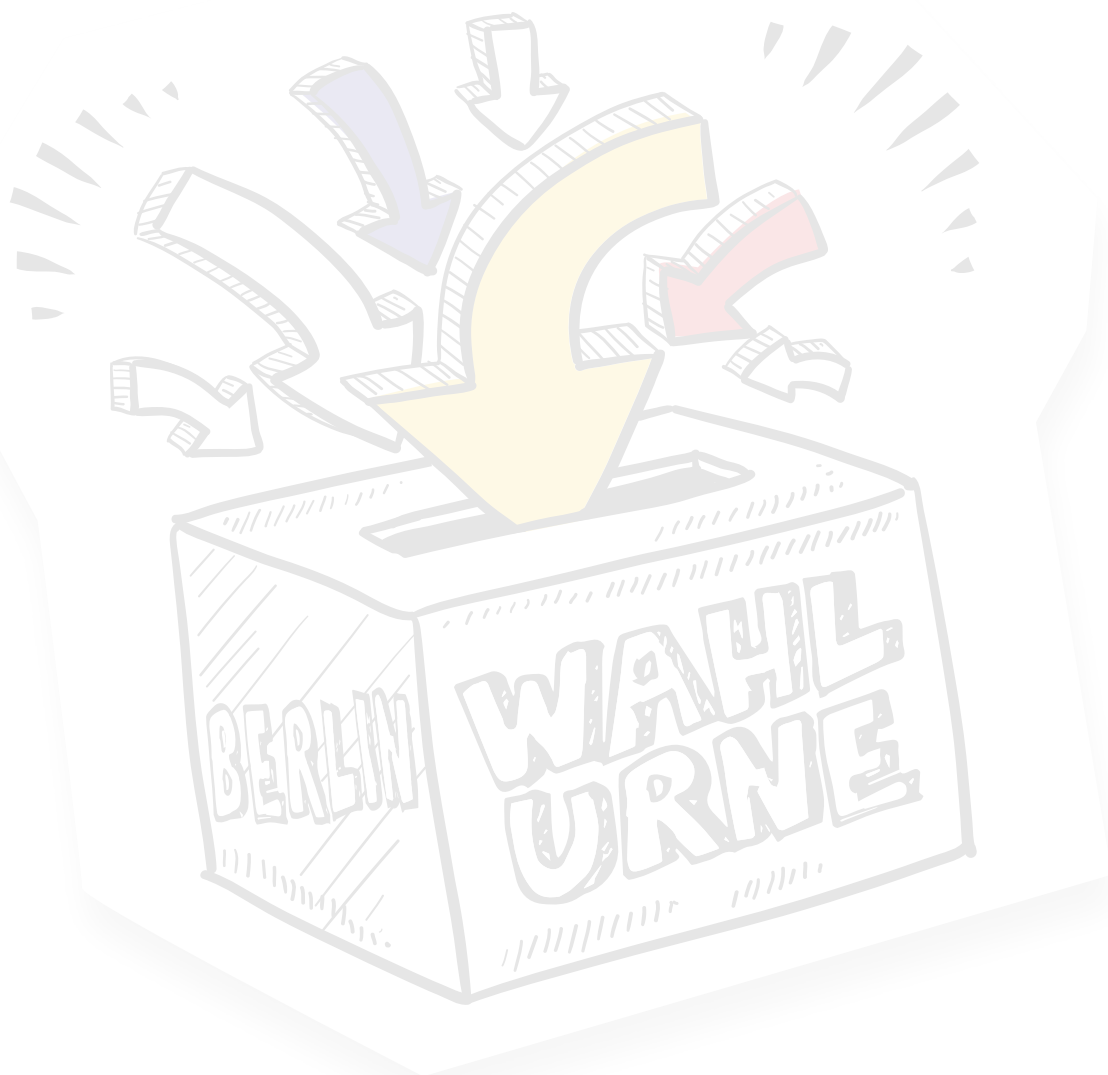


Antworten der Parteien
auf Fragen von Kindern
und Jugendlichen

Die Wahl für Kinder und Jugendliche
unter 18 Jahren

Zur Vorbereitung auf die U18-Bundestagswahl am 15.9.2017 haben Kinder und Jugendliche Fragen an die Parteien gestellt.

Berücksichtigt sind alle Parteien, die 2013 bei der U18-Wahl mit mindestens 5% der abgegebenen gültigen Stimmen gewählt wurden. Zudem sind die Parteien hinzugekommen, die in den Sonntagsfragen bis zum 30.4.2017 die 5%-Hürde geschafft haben.



Es gibt in Berlin Demonstrationen für die Sanierung von Schulen. Wird das Thema aktuell noch behandelt? Welchen Handlungsbedarf sieht ihre Partei bei Schulsanierungen und wie will ihre Partei hier Fortschritte erzielen?

CDU

Die Sanierung von Schulen ist ein wichtiges Thema für die Berliner CDU. Wir wollen, dass in den kommenden fünf Jahren mindestens drei Milliarden Euro dafür bereitgestellt werden. Außerdem müssen die Verfahren beschleunigt werden. Die Zeit von der Planung bis zum Baubeginn ist viel zu lang. Wir wollen, dass Genehmigungsverfahren verkürzt werden und Prämiensysteme diejenigen belohnen, die Sanierungen und Neubauten am schnellsten abschließen.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen die Ausgaben für Bildung so erhöhen, dass – gemessen am Staatshaushalt – Deutschland zu den führenden fünf Ländern der 35 Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zählt.

Konkret in Berlin sind die öffentlichen Schulen vielerorts in einem erbärmlichen Zustand. Dies macht deutlich: Es fehlt der Politik der Respekt vor der Zukunft kommender Generationen. Die schulische Infrastruktur muss dringend modernisiert werden. Der bestehende Sanierungstau soll bezirksübergreifend nach Dringlichkeit innerhalb von 10 Jahren abgearbeitet werden.

SPD

Kinder und Jugendliche müssen sich in ihren Schulen wohlfühlen. Dann macht Lernen Spaß und man hat Erfolg. Unsere Verfassung verbietet es der Bundesregierung, Geld für Schulen auszugeben. Nur die Länder dürfen das. Wir wollen das ändern, denn alle Schulen müssen wieder strahlen. Mit besseren und schöneren Räumen, moderner Technik und weniger Hindernissen für Menschen mit Behinderungen. Dafür sind wir bereit, viel mehr Geld auszugeben als heute.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Sanierung und der Neubau von Schulen ist ein sehr wichtiges Thema für uns. Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf gutes Lernen in guten Schulen. Leider wurde in den letzten Jahren nur sehr wenig für die Schulen getan. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass mehr Geld für die Sanierung bereitsteht und das Verfahren beschleunigt wird. Gleichzeitig treiben wir den Bau von neuen Schulen voran.

PIRATENPARTEI

Für uns PIRATEN ist Bildungspolitik ein Kernthema. Deshalb wollen wir, dass nicht nur auf Landesebene und nicht nur in Berlin Geld für die Sanierung und die Ausstattung von Schulen ausgegeben wird. Es muss mehr Geld für Bildung ausgegeben werden – gerade auch für die Schulen.

DIE LINKE

Das Thema besitzt für DIE LINKE Berlin und die Rot-Rot-Grüne Landesregierung eine große Priorität. Im Verlauf der letzten 20 Jahre ist ein riesiger Sanierungstau entstanden. Hinzu kommt, dass die Schülerzahl in Berlin stark steigt. Die neue Landesregierung hat deshalb ein über 10 Jahre angelegtes Programm für Schulan- und Schulneubauten sowie Schulsanierung beschlossen und für dieses Jahr 830 Mio. € zur Verfügung gestellt (insgesamt 5,5, Mrd. €).

AfD

Die AfD hat sich in Berlin in ihrem Wahlprogramm für einen Masterplan zur Sanierung der Infrastruktur ausgesprochen. Schulen, Turnhallen und öffentliche Gebäude in der gesamten Stadt sollen renoviert und instand gesetzt werden.

Kann durch Demonstrationen zur Bildungspolitik etwas erreicht werden? Will ihre Partei diese politischen Forderungen berücksichtigen und wenn ja, wie?

CDU

Die Demonstrationen nehmen die politischen Entscheidungsträger öffentlich in die Pflicht, Lösungen für die Probleme zu finden. Sie haben sehr dabei geholfen, das Thema Schulsanierungen endlich auf die Tagesordnung zu setzen. Die Forderungen sollten in die politischen Debatten einfließen und berücksichtigt werden.

FDP

Ja, die Freien Demokraten möchten diesen Sanierungsstau beenden (siehe oben).

SPD

Immer wenn man sich ungerecht behandelt fühlt, wenn man etwas falsch findet, muss man seine Stimme erheben. Gerade in der Bildungspolitik sind auch die Schülerinnen und Schüler Experten in eigener Sache. Die Politik ist aufgefordert, ihnen zuzuhören und ihre Anliegen ernst zu nehmen. Wir wollen aber mehr. Kinder und Jugendliche müssen sich früher politisch beteiligen können. Deshalb wollen wir das Wahlalter auf 16 Jahre senken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Es ist wichtig, dass die Berlinerinnen und Berliner für ihre Wünsche demonstrieren gehen. Damit meinen wir auch Kinder und Jugendliche. Zeigt deutlich, was ihr gut oder schlecht findet und was sich konkret ändern soll! Bürgerbeteiligung ist für uns ein Teil gemeinsamer Politik. Für die Sanierung von Schulen werden wir alle Beteiligten auf Bezirksebene, auch den Eltern- und Schüler*innenausschuss, in den Entscheidungsprozess mit einbeziehen.

PIRATENPARTEI

Ja, Demonstrationen zur Bildungspolitik sind wichtig und können etwas erreichen. Deshalb beteiligen sich PIRATEN daran. Diese Forderungen sind ein Kernthema unseres Programms. Insbesondere wollen wir die Schule flexibler und demokratischer gestalten. Schülerinnen und Schüler sollen stärker eingebunden werden in Entscheidungen darüber, was und wie sie lernen wollen. Dabei soll die Ermöglichung einer "fließenden Schullaufbahn" helfen, das Angebot vielfältiger zu machen.

AfD

Demonstrationen sind grundsätzlich ein guter Weg, um seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die AfD ist für mehr direkte Demokratie. Das heißt die Bürger sollen über wichtige Entscheidungen abstimmen dürfen. Wenn die Bürger eine bildungspolitische Forderung haben, dann könnten sie in einer direkten Demokratie Unterschriften sammeln. Wenn eine bestimmte Zahl von Unterschriften gesammelt wurde, könnten dann alle Bürger in einer Wahl über die Forderung entscheiden.

DIE LINKE

Ja, DIE LINKE hält es für eine Qualität an sich, wenn sich Menschen politisch engagieren, für ihre Rechte einsetzen und an politischen Prozessen beteiligen. Deutschland investiert im Vergleich zu anderen OECD-Ländern viel zu wenig in gute Bildung. Druck von unten hilft der LINKEN in den Parlamenten höhere Bildungsinvestitionen durchzusetzen. Ein Grundproblem ist das Kooperationsverbot, das ein stärkeres Engagement des Bundes verhindert.

Welche Vor- und Nachteile sieht ihre Partei bei privaten Schulen mit alternativen Lernformen, etwa Waldorfschulen?

CDU

Private Schulen sind Garanten der Vielfalt unseres Schulsystems. Wir schätzen die privaten Träger dafür, dass sie Eltern eine größere Wahlfreiheit ermöglichen, weil sie zusätzliche Angebote schaffen. Es ist dabei klar, dass alle privaten Angebote einer Genehmigung durch die Schulbehörde bedürfen. Sofern diese vorliegt, sollten private Schulen genauso auskömmlich finanziert werden wie staatliche Schulen.

SPD

Nicht nur Kinder reicher Eltern dürfen sich eine gute Schule leisten können. Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle. Unabhängig vom Geldbeutel, der Herkunft oder dem Wohnort. Das ist die Aufgabe der Politik. 90% aller Schülerinnen und Schüler besuchen eine öffentliche Schule. Deshalb ist die Politik hier besonders gefragt. Private Schulen ergänzen dieses Angebot, probieren neue Wege und sind manchmal für den Einzelnen das bessere Angebot.

PIRATENPARTEI

Vielfalt des Lernens ist wichtig. Dafür möchte die Piratenpartei alternative Lernformen fördern, insbesondere das Konzept der Demokratischen Schule, die die Schülerinnen und Schüler an allen Entscheidungen über Lerninhalte und Lernformen beteiligt.

AfD

Eltern sollten selbst entscheiden dürfen, ob sie ihr Kind auf eine öffentliche oder private Schule schicken. Verschiedene alternative Lernformen sind möglich, es muss aber garantiert sein, dass gleiche Bildungsstandards gewährleistet sind.

FDP

Wir Freie Demokraten fordern eine gleichwertige Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft. Die Schulen in freier Trägerschaft sind oftmals Motor für pädagogische Reformprozesse und führen die Schülerinnen und Schüler zu den gleichen Abschlüssen wie staatliche Schulen. Allerdings erhalten die Schulen für ihre Arbeit weniger Geld pro Schülerin und Schüler als die staatlichen Schulen. Im Rahmen eines fairen Wettbewerbs aller Schulen miteinander, fordern wir für die Schulen in freier Trägerschaft die gleiche Anerkennung und finanzielle Unterstützung wie für die staatlichen Schulen. Im Gegenzug sorgt ein Aufnahmegebot für die Schulen für gleiche Zugangschancen aller Kinder.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schulen in freier Trägerschaft sind ein Teil unserer Schullandschaft. Sie können die Vielfalt fördern und bringen oft neue Ideen in die Art des Lernens. Wir möchten, dass private Schulen auch Kinder aufnehmen, die aus sozial benachteiligten Familien kommen und sich z. B. das Schulgeld nicht leisten können. Diese Schulen werden wir finanziell unterstützen.

DIE LINKE

Die freien Schulen sind sehr heterogen. Waldorf-, Montessori- und Reformpädagogik sieht DIE LINKE positiv: gemeinsames Lernen, individuelle Förderung, Binnendifferenzierung. Exklusive Privatschulen, die auf Trichtermodell und Leistungsdrill setzen, Bildung auf die Marktverwertbarkeit reduzieren und sich aus der gesellschaftlichen Verantwortung stehlen, sieht DIE LINKE hingegen sehr kritisch.

Wie steht ihre Partei zur Integration von Kindern mit Behinderung an Regelschulen?

CDU

Wir wollen es Eltern ermöglichen, frei darüber zu entscheiden, was das Beste für ihr Kind ist. Deshalb wollen wir Förderzentren erhalten und weiter entschlossen unterstützen. Dort wo Inklusion möglich ist, soll sie auch stattfinden. Aber dort, wo individuelle Förderung an einem Förderzentrum die bessere Option ist, soll sie Kindern mit Behinderung auch zur Verfügung stehen.

SPD

Das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen muss selbstverständlich sein. Dazu verpflichtet uns die UN-Behindertenrechtskonvention. Dieses inklusive Leben muss von Anfang an gelernt werden und erlebbar sein; von der Kita über die Schulen bis zu den Universitäten. Ein inklusives Bildungssystem entsteht nicht von alleine, es muss sorgfältig vorbereitet sein. Die Meinungen von Eltern, Kindern und Lehrern müssen eine wichtige Rolle spielen.

PIRATENPARTEI

Die Integration von Kindern mit Behinderung an Regelschulen ist wichtig. Allerdings muss auch das Geld für die besondere Förderung und Unterstützung der Inklusion bereit stehen. Die Betroffenen benötigen speziell ausgebildete Fachkräfte, die sich gerade auch im Unterricht um sie kümmern – je nach Behinderung müssen es zusätzlich zur Lehrkraft sogar zwei Personen sein. Auch die Lehrkräfte müssen entsprechend geschult sein.

AfD

Nach Auffassung der AfD kann das Konzept der Inklusion (gemeinsames Lernen von Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf) das vorbildliche deutsche Sonderschulsystem nicht ersetzen. Die Integration von Kindern mit Behinderung darf weder den Schülern mit Förderbedarf noch der Gruppe, in die sie integriert werden sollen, schaden. Die AfD fordert daher den Erhalt der spezialisierten Sonderschulen und des Studienprofils „Sonderschullehrer“. Nur speziell ausgebildete Lehrkräfte können adäquat auf die besonderen Bedürfnisse behinderter Kinder und ihrer Familien eingehen.

FDP

Weltbeste Bildung für jeden sorgt dafür, dass alle ihre unterschiedlichen Talente und Begabungen frei entfalten können. Das Elternhaus oder die Lebenssituation darf dabei nicht ausschlaggebend sein, sondern Engagement und Leistung.

Für uns Freie Demokraten müssen auch Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf oder Einschränkungen die bestmögliche Bildung und Förderung erhalten. Denn der Anspruch auf die weltbeste Bildung gilt nicht nur für die Leistungsstarken. In diesem Sinne ist aus unserer Sicht auch die UNO-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung zu verstehen: Das Wohl des Kindes muss im Mittelpunkt stehen und nicht allgemeine gesellschaftliche Vorgaben. Auf das einzelne Kind kommt es an.

Die Schließung von Förderschulen, in denen Kinder passend zu ihrem Bedarf gefördert werden konnten, ist ein Fehler, da dies meist nicht dem Kindeswohl dient und oft auch gegen den Elternwillen vorgenommen wird. Das Ziel, Kinder mit Förderbedarf weitgehend in Regelschulen zu integrieren, ist richtig und wird seit Jahrzehnten in Deutschland verfolgt. Das radikale Verständnis einer kompromisslosen Inklusion, wie es vielfach gefordert und betrieben wird, nimmt aber weder auf den Förderbedarf des Einzelnen, noch auf die Integrationsfähigkeit von Regelklassen Rücksicht.

Gemeinsamer Unterricht soll bestmögliche Förderung aller Schülerinnen und Schüler ermöglichen. Wir fordern daher für eine bestmögliche Gestaltung des gemeinsamen Unterrichts verbindliche Basisstandards. Kann diesen Basisstandards zum Beispiel durch fehlendes Fachpersonal oder mangelnde Ausstattung nicht entsprochen werden, dürfen an diesen Schulstandorten keine inklusiven Lerngruppen gebildet werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die inklusive Schule ist für uns die Schule der Zukunft.

Vielfalt beinhaltet die Chance für erfolgreiches, gemeinsames Lernen. Für die Schulen bedeutet das viel Arbeit. Wir unterstützen sie mit mehr Personal (u. a. Schulhelfer*innen, Schulpsycholog*innen, Pädagog*innen) und mehr finanziellen Mitteln. Der Übergang zum inklusiven Schulsystem in Berlin wird fortlaufend durch einen eingerichteten Fachbeirat "Inklusion" begleitet.

DIE LINKE

DIE LINKE fordert, dass die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung, der Deutschland zugestimmt hat und die seit 2009 geltendes Recht ist, endlich auch in der Praxis umgesetzt wird und alle Formen der Aussonderung überwunden werden. Wir wollen also generell barrierefreie, inklusive Schulen anstelle von Sonderschulen. Gemeinsames Lernen befördert bei den einen die Motivation und bei anderen die soziale Kompetenz.

Wie sieht ihre Partei die Sanitärversorgung an Berliner Schulen? Will ihre Partei etwas in diesem Bereich unternehmen?

CDU

Für die Sanierung der Sanitäranlagen hat die CDU noch in der Berliner Landesregierung bereits ein umfangreiches Programm auf den Weg gebracht. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Uns ist aber auch wichtig, dass die allgemeine Sauberkeit an den Schulen besser wird. Deshalb wollen wir die Vorgaben für die Reinigungsfirmen anpassen, damit die Berliner Schulen zukünftig sauberer sind als zuvor.

FDP

Siehe vorherige Antwort zum Sanierungsstau.

SPD

In Schulen muss man sich wohlfühlen können. Ob dies gelingt, sieht man meist schon an den Toiletten. Der Regierende Bürgermeister und die Bildungssenatorin in Berlin haben das erkannt und investieren seit 2015 jährlich 12 Mio. € in ihre Sanierung. Wir wollen aber mehr als nur schönere Toiletten, wir wollen schönere und bessere Schulen. Wie wir dahin kommen wollen, ist oben beschrieben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Sanitärversorgung ist eines der Hauptprobleme an den Schulen. Saubere, funktionierende Schultoiletten, Waschbecken etc. müssen in jeder Schule vorhanden sein! Jeden Tag! Deshalb hat die Sanierung der Sanitäranlagen auch Priorität. Wir wollen aber, dass eine Schule komplett saniert wird und nach den Toiletten nicht Schluss ist. Auch kaputte Fenster, Türen, Sporthallen etc. müssen schnell repariert werden.

PIRATENPARTEI

Für eine bessere Sanitärversorgung an Berliner Schulen haben wir PIRATEN in der vergangenen Legislaturperiode in Berlin gekämpft und werden unser Engagement fortsetzen.

DIE LINKE

In vielen Schulen Berlins sind die Sanitäreinrichtungen in einem schlechten Zustand. Deshalb hat die Rot-Rot-Grüne Landesregierung eine Schulsanierungsoffensive gestartet (s. Frage 1). Die finanziellen Mittel stehen zur Verfügung. Für die Umsetzung müssen Land und Bezirke eng kooperieren. Problem ist, dass es nur eine begrenzte Anzahl von Sanitärunternehmen gibt, so dass nicht überall gleichzeitig die Sanitäreinrichtungen saniert werden können.

AfD

Dass öffentliche Schulen über annehmbare sanitäre Einrichtungen verfügen, sollte selbstverständlich sein. Wo das nicht der Fall ist, sollte die Sanitärversorgung dringend saniert werden.

Welche Fortschritte sieht ihre Partei beim Bau von Unterkünften für Geflüchtete? Kann die Erbauung von Unterkünften beschleunigt werden?

CDU

Wir haben in der Berliner Landesregierung dafür gesorgt, dass für geflüchtete Menschen in Berlin sogenannte Modularbauten errichtet werden. Das sind Unterkünfte, die aus großen Einzelteilen zusammengesetzt werden. Nach dem Auszug von Flüchtlingen können diese Unterkünfte zum Beispiel Studierenden zur Verfügung gestellt werden. Das war ein wichtiger Schritt, um die Errichtung der vielen benötigten Unterkünfte zu beschleunigen.

FDP

Die Nutzung leer stehender Gebäude für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern soll aktiv gefördert werden. Senat und Bezirke sollen dazu die Eigentümer leer stehender und für die Unterbringung von Flüchtlingen geeigneter Gebäude systematisch und lösungsorientiert ansprechen, aber auch Flächen und Gebäude in Brandenburg nutzen, die dem Land Berlin gehören. Eine Beschlagnahme oder gar Enteignung privaten Eigentums lehnen wir ab.

SPD

Beim Bau von Unterkünften für Geflüchtete wurden in den vergangenen Monaten große Fortschritte gemacht. Wichtig ist für uns, dass die Geflüchteten gut und sicher leben können. Besonders muss auf die Bedürfnisse von Frauen mit Kindern und alleinreisender minderjähriger Flüchtlinge geachtet werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Eigener Wohnraum ist

für Geflüchtete sehr wichtig. Vor allem Familien brauchen schnell ihre eigenen Räume. Zum Glück können immer mehr Notunterkünfte geschlossen werden. Es gibt aber noch immer nicht genug Wohnungen für alle Geflüchteten. Der fehlende Wohnraum wird leider nicht über Nacht gebaut werden können. Wir brauchen deutlich mehr sozialen Wohnungsbau, von dem auch andere Menschen und Familien mit geringem Einkommen profitieren können.

PIRATENPARTEI

Beim Bau von Unterkünften sind viele Fehler passiert. Wir PIRATEN setzen uns für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ein. Bereits bestehende Gebäude sollen stärker genutzt werden.

AfD

Beim Bau von Asylbewerberunterkünften sind diese Vorhaben mit den betroffenen Bürgern im Vorfeld zu diskutieren. Die AfD fordert vom Senat, die Bürger so frühzeitig und so umfassend wie möglich über die geplante Errichtung neuer Asylbewerberunterkünfte oder Unterbringung von Asylbewerbern in bestehende Objekte zu informieren und in die Planung miteinzubeziehen.

Wir wollen den Flüchtlingen vor Ort in der Region helfen, aus der sie kommen. Das hilft mehr Menschen und besonders denjenigen, Alten, Kranken, Frauen und Kindern, die die Hilfe besonders nötig haben.

DIE LINKE

Der LINKEN Senatorin Elke Breitenbach ist es zu verdanken, dass schnell und unbürokratisch alle Turnhallen, die generell nicht für die Unterbringung von Menschen geeignet sind, freigezogen werden konnten und wieder dem Sport zur Verfügung stehen. Nun sollen die Hangars und Tragflughallen freigezogen werden. Leider verläuft der Bau von Unterkünften angesichts des Baubooms, der Grundstückknappheit und z. B. des Mangels an Bauingenieuren schleppend.

Welche Maßnahmen will ihre Partei ergreifen, um den Geflüchteten in Berlin zu helfen?

CDU

Zum einen geht es darum, die Unterbringungssituation schnellstmöglich zu verbessern. Dann sollten die Geflüchteten schnell Klarheit über ihre Perspektiven in Deutschland haben. Wer längerfristig bei uns bleibt, sollte zunächst mit Sprach- und Integrationskursen auf ein selbstbestimmtes Leben in Deutschland vorbereitet werden. Wer keine Perspektive hat, in Deutschland zu bleiben, dem müssen wir bei seiner Rückkehr und der Vorbereitung darauf helfen.

SPD

Eine Beantwortung für Berlin ist für uns als Bundespartei sehr schwierig, da an erster Stelle das Land Berlin zuständig ist. Trotzdem wollen wir dafür sorgen, dass wir auch die Kommunen, wie zum Beispiel das Land Berlin weiterhin unterstützen. Zum Beispiel wollen wir, dass es in Zukunft noch mehr Sprachkurse für die geflüchteten Menschen gibt. Wenn die Eltern an den Kursen teilnehmen, müssen ihre Kinder in dieser Zeit gut betreut sein.

PIRATENPARTEI

Das Angebot von Deutschkursen soll verbessert werden. Dafür sollen auch Lehrerstellen geschaffen werden. Unabhängig vom Aufenthaltsstatus müssen alle Geflüchteten die Möglichkeit haben, Deutschkurse gebührenfrei zu besuchen.

AfD

Wir wollen die Bildungsmaßnahmen für Asylbewerber so ausrichten, dass ihnen das nach ihrer Rückkehr einen möglichst leichten Neuanfang in ihrer alten Heimat ermöglicht.

DIE LINKE

Der Senat hat beschlossen, dass geflüchtete Menschen, die anspruchsberechtigt sind, schneller und unbürokratischer einen Wohnberechtigungsschein erhalten. Die Integration auf den ersten Arbeitsmarkt möchte die Landesregierung erleichtern. Rot-Rot-Grün wird die Härtefallregelungen und Anweisungen an die Ausländerbehörde überarbeiten und die rechtlichen Spielräume nutzen, um Abschiebungen einzudämmen. Afghanistan ist kein sicheres Herkunftsland!

FDP

Bildung ist ein Grundrecht. Dies gilt auch für Flüchtlinge. Kinder und jugendliche Flüchtlinge sollen schnellstmöglich in das Bildungssystem integriert werden und zwar von der Grundschule bis zur Hochschule und Ausbildung. Wichtigste Punkte dabei sind das Erlernen der deutschen Sprache und die lebensnahe Vermittlung der Verfassungswerte.

Berliner Schulpläne sollen die Vielfalt der Hauptstadt realistisch vermitteln. Hierzu müssen auch sexuelle Orientierung und Identität fachübergreifend, insbesondere in Schulbüchern berücksichtigt werden, statt nur ein heteronormatives Gesellschaftsbild zu vermitteln. Willkommensklassen, die zur Integration von Flüchtlingen einen wichtigen Beitrag leisten, dürfen nicht zu Regelklassen umgewandelt werden, um Schüler und Lehrer bei der Integration nicht zu überfordern.

In den Hochschulverträgen wollen wir uns gemeinsam mit den Hochschulen auf Ziele, insbesondere bei der angebotenen Anzahl von Studienplätzen einigen. Damit wollen wir mit den Hochschulen auch die Voraussetzungen schaffen, dass studierfähige Flüchtlinge mit einer Bleibeperspektive in Deutschland ihr Studium in Berlin aufnehmen oder fortsetzen können. Bildung ist der beste Weg zur Integration in unsere Gesellschaft und der beste Weg, die gegenwärtige Herausforderung der Zuwanderung in das Wirtschaftswachstum der Zukunft zu wandeln.

Wir fordern zudem die sofortige Abschaffung des Arbeitsverbotes für Asylbewerberinnen und -bewerber. Die FDP wird im Bundesrat darauf hinwirken, dass eine besondere Rechtsstellung geschaffen wird, die Asylbewerbern, die eine Ausbildung begonnen bzw. eine anschließende Anstellung erhalten haben, ein Aufenthaltstitel gewährt wird. Viele, die zu uns kommen, wünschen sich, endlich wieder aktiv zu sein. Neben teuren Tagessatzpauschalen für die sozialen Träger sollten die Flüchtlinge selber einen Einsatz bringen dürfen. Wer für Organisation und Versorgung sichtbar Verantwortung übernimmt, wird im Gegenzug bei Schulungen und Bildungsmaßnahmen gezielt gefördert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ein Schwerpunkt liegt auf der Verbesserung der Wohnsituation und der guten Unterbringung für besonders Schutzbedürftige. Wir wollen die Willkommensinfrastruktur (mehr Personal, mehr Absprachen aller Beteiligten) verbessern und vor Abschiebungen und Rückkehr stärker prüfen, ob bei guter Integration nicht doch ein Bleiberecht möglich ist. Es soll mehr Beratungsangebote geben, so dass Arbeit und Bildungsabschlüsse leichter erreicht werden können.

**Wie viele Geflüchtete in Berlin dealen mit Drogen?
Was will ihre Partei dagegen unternehmen?**



CDU

Es gibt einige wenige Flüchtlinge, die kriminell sind. Grundsätzlich wollen wir allen Menschen eine Perspektive geben, die absehbar längerfristig bei uns bleiben werden. Sie sollen Deutsch lernen und entsprechende Bildungs- und Ausbildungsangebote erhalten, um selbstbestimmt leben zu können. All jenen Menschen, die keine Bleibeperspektive bei uns haben, müssen wir das ehrlich sagen und sie bei ihrer Rückkehr in die Heimat unterstützen.

SPD

Zahlen für solche Fragen liefert uns die polizeiliche Kriminalstatistik. Im Jahr 2016 lag der Anteil der Geflüchteten an Straftaten im Zusammenhang mit Drogen bei 7%. Auch deshalb sind verallgemeinernde Aussagen zu dem Thema unangebracht. Generell müssen geflüchtete Menschen gut integriert werden. Insofern verweisen wir auf unsere Antworten zu den Fragen der Integration.

PIRATENPARTEI

Die von uns geforderte Legalisierung von Drogen würde das Problem lösen. Geflüchtete müssen legal arbeiten dürfen. Die Auszahlung der Unterstützung soll nicht durch Sachmittel ersetzt werden.

AFD

Nach den Zahlen des Bundeskriminalamtes und auch nach der Kriminalitätsstatistik der Länder hat der große Zustrom zu einem massiven Anstieg von Straftaten geführt, nicht nur im Bereich illegaler Drogen. Wir wollen, dass die Polizei dagegen konsequent vorgeht, Straftaten hart bestraft werden, und kriminelle Ausländer abgeschoben werden.

FDP

Wir setzen uns für die Legalisierung von Konsum und Besitz von Cannabis als Genussmittel für volljährige Personen ein. Die Freigabe soll dabei streng reguliert werden, um insbesondere dem Jugendschutz Rechnung zu tragen. Mit einer kontrollierten Legalisierung werden illegale Handelsstrukturen gezielt aufgelöst und die Beschaffungskriminalität verringert.

Aber Kriminalität und Drogenhandel muss auch bekämpft werden. Wir wollen aktiv für den Polizeidienst werben und dabei insbesondere Migranten ansprechen, denn Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund können aufgrund ihres interkulturellen Wissens und ihrer Sprachkenntnisse überaus wertvoll sein. Heutige Kriminalitätsschwerpunkte sind städtebaulich so zu verändern, dass sie weniger zu kriminellen Taten einladen. Eine verwinkelte Bebauung, unzureichende Beleuchtung oder ein unübersichtliches Gelände, wie sie z. B. um den Alexanderplatz oder im Görlitzer Park anzutreffen sind, sind unverzüglich zu beheben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mehr Polizei und Strafverfolgung führen

offensichtlich nicht zu weniger Drogen und weniger Dealern. Wir sind darum für eine kontrollierte und staatlich regulierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene. Damit trocken wir den Schwarzmarkt aus und nehmen den Dealern schlichtweg die Betätigungsmöglichkeit. Wir entlasten Polizei und Justiz, die sich wichtigeren Aufgaben widmen können, zum Beispiel der Aufklärung oder Verhinderung von Wohnungseinbrüchen.

DIE LINKE

Es handelt sich um eine sehr kleine, aber medial extrem beachtete Minderheit. Fast alle Menschen, die eine Bleibe- und Lebensperspektive haben (Schule, Ausbildungsplatz, Job) wollen auf legalem Weg selbstbestimmt leben. Viele derjenigen zum Teil minderjährigen Geflüchteten, die mit Drogen dealen oder sich im Tiergarten prostituieren, haben keinerlei Perspektive und kein Einkommen, weil sie nicht anerkannt wurden. Charles Dickens: Oliver Twist

CDU

Integration ist keine Einbahnstraße. Aber das Wissen um die kulturellen Grundlagen einer Gesellschaft ermöglicht es, sich zügig auf das Leben in einer neuen Umgebung einzustellen. Die Sprache ist dazu der Schlüssel. Deshalb muss die deutsche Sprache erlernt werden. Auch das Wissen über die Geschichte, die Kultur und nicht zuletzt das geltende Recht ist wichtig. Diesem Ziel dienen die Integrationskurse, an denen die Flüchtlinge teilnehmen sollen.

SPD

Wir schreiben keine Lebensmodelle vor, sondern unterstützen Menschen, so zu leben, wie sie es sich wünschen. Offenheit bedeutet Toleranz und Vielfalt. Wir wollen Neuanrücklingen ermöglichen, Teil unserer Gesellschaft zu werden. Die ersten 20 Artikel unseres Grundgesetzes sind für uns die Basis unseres gemeinsamen Zusammenlebens.

PIRATENPARTEI

Kultur ist vielfältig und individuell. Da ist gegenseitige Akzeptanz wichtiger als Anpassung. Wer dauerhaft hierbleiben will, muss allerdings die hiesigen Normen und Werte erlernen. Die Vermittlung von Normen und Werten kann in Sprach- und Integrationskursen erfolgen.

AfD

Wir sind für ein Einwanderungsgesetz nach Kanadischem Vorbild, das ganz klare Regeln setzt, wer nach Deutschland kommen darf und welche Anforderungen Einwanderer erfüllen müssen, die hier dauerhaft leben wollen.

Asylbewerber und Flüchtlinge sollten nur so lange in Deutschland sein, solange sie wirklich politisch verfolgt oder vom Krieg bedroht werden. Sie sind keine Einwanderer und sollten deshalb auch nicht auf Dauer hier sein. Asylbewerber müssen sich an die Gesetze halten und die Behörden bei der Bearbeitung ihrer Asylanträge unterstützen.

FDP

Wir Freie Demokraten verlangen von jedermann Respekt vor den Grundrechten, dem Rechtsstaat und seinen Gesetzen. Bei innerer Liberalität und Toleranz kann es für niemanden Rabatt geben. Die Werte unseres Grundgesetzes sind nicht verhandelbar. Sie garantieren die Gleichberechtigung der Geschlechter, den Schutz von Minderheiten, die sexuelle Identität und die Religionsfreiheit, die auch umfasst, ganz frei von Religion zu leben oder sich satirisch mit Religionen auseinanderzusetzen. Auch wenn absichtliche Schmähungen Andersgläubiger oder Andersdenkender nicht förderlich für ein friedliches Miteinander sind, halten wir den Blasphemie-Paragraphen 166 StGB für überflüssig und wollen ihn abschaffen. Toleranz gegenüber der Intoleranz darf es nicht geben. Die Ordnung des Grundgesetzes ist offen für alle, die seine Werte teilen – unabhängig von Religion und Weltanschauung. Wir erwarten von religiösen Führern eine deutliche Absage an jegliche religiöse Begründung von Terror und Gewalt und ein Bekenntnis zum Respekt und zur Toleranz gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen. In unserer Republik haben gruppenbezogene Menschenanfeindungen wie Antisemitismus und Islamfeindlichkeit keinen Platz. Im Rahmen dieser Ordnung muss es jedem Menschen freigestellt sein, so zu leben, wie er es für richtig hält; auch wenn dies den Traditionen der Mehrheitsgesellschaft zu widersprechen vermag. Denn wir lehnen es prinzipiell ab, wenn eine Mehrheit versucht, dem einzelnen Individuum ihre Kultur aufzuzwingen, sondern respektieren jeden Menschen so, wie er ist.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Was „unsere Kultur“ ist, lässt sich ja gar nicht so leicht sagen. Ist es das Handgeben? Das Biertrinken? Fußball, Karneval, Oktoberfest? Wir wollen voneinander lernen, die Perspektiven der „Neuen“ kennenlernen. Kultur ist ein Prozess, in dem alle Beteiligten etwas Neues schaffen. Unser Grundgesetz, also Menschenwürde, Demokratie, die Gleichheit aller Menschen und der Geschlechter sowie ein selbstbestimmtes Leben für alle, ist dabei die Basis.

DIE LINKE

Alle Menschen in Deutschland, einheimische wie geflüchtete, müssen sich an das Grundgesetz und die geltenden Gesetze halten. Kultur ist nie etwas statisches, sondern immer im Wandel. DIE LINKE sieht Menschen mit anderem kulturell-religiösen Hintergrund nicht als Bedrohung, sondern Bereicherung. Integration bedeutet aus Sicht der LINKEN nicht Assimilation und Unterordnung, sondern Verschmelzung und gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen.

CDU

2015 kamen viele Menschen zu uns, die vor Krieg, Verfolgung und Tod geflohen sind. Es war richtig, sie aufzunehmen. Aber eine Gesellschaft kann nicht beliebig viele Neuankömmlinge in kurzer Zeit aufnehmen. Deshalb war es gut, andere Wege zu finden, um Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern zu versorgen. Nun kommen viel weniger Flüchtlinge zu uns und wir können uns um die Integration derjenigen kümmern, die schon da sind und bleiben werden.

SPD

In der Flüchtlingspolitik sollen alle EU-Mitgliedsstaaten Verantwortung übernehmen. Wir wollen eine solidarische Verteilung der Aufgaben für Flüchtlingshilfe. Wir akzeptieren nicht länger, dass sich einzelne Mitgliedstaaten dem gemeinsam beschlossenen europäischen Asylsystem verweigern. Wir stehen für eine menschliche Flüchtlingspolitik und wollen, dass das Recht auf Asyl auch in Zukunft unangetastet bleibt.

PIRATENPARTEI

Die derzeitige Flüchtlingspolitik hat an vielen Stellen versagt. Das liegt besonders daran, dass in der Verwaltung viele Stellen weggespart wurden. Auch für Flüchtlinge gelten die Menschenrechte. Daher sind wir PIRATEN gegen das Auslesen von Handydaten und gegen die Residenzpflicht. Wir sind gegen die Abschiebung in Krisengebiete (z. B. Afghanistan) und gegen die Abschiebung von Homosexuellen in Länder, wo sie verfolgt werden.

AfD

Diese Flüchtlingspolitik ist ein Bruch der europäischen Verträge und verstößt gegen das Grundgesetz. Diese sehen vor, dass jeder Asylbewerber dort seinen Antrag stellen muss, wo er zuerst die EU betritt. Die Flüchtlingspolitik spaltet Europa, sie ist mit großen Kosten verbunden und führt zu einem Anstieg der Kriminalität und der Integrationsprobleme. Dabei könnte den Menschen vor Ort viel besser beholfen werden, doch das hat die Bundesregierung sehr lange versäumt.

DIE LINKE

DIE LINKE begrüßt, dass

Deutschland angesichts der größten Flüchtlingsbewegung seit dem 2. Weltkrieg relativ viele Flüchtlinge aufgenommen hat. Wir möchten, dass geflüchtete Menschen so schnell wie möglich selbstständig leben und an der Gesellschaft teilhaben können und hier gibt es noch einige Hürden zu beseitigen. Wir kritisieren, dass die Bundesregierung die Fluchtursachen viel zu wenig bekämpft und Rüstungsexporte in Krisengebiete genehmigt.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen ein geordnetes Einwanderungsrecht schaffen, das nach Möglichkeit in einem Einwanderungsgesetzbuch zusammengefasst wird. Dabei muss zwischen individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern klar unterschieden werden.

Wir Freie Demokraten wollen die Flüchtlingsfrage in enger Kooperation mit europäischen Nachbarregionen lösen. Wenn Staaten eine besondere Verantwortung bei der Aufnahme von Flüchtlingen übernehmen, wie etwa der Libanon oder Jordanien, wollen wir sie neben stark erhöhten finanziellen Beiträgen für Einrichtung und Betrieb des Schul- wie auch Gesundheitswesens bei der Schaffung von Sonderwirtschaftszonen unterstützen, um die Situation der Flüchtlinge zu verbessern. Dort sollen Investitionen aus der EU vereinfacht und Handelshemmnisse für die Ausfuhr in die EU beseitigt werden. Außerdem wollen wir mehr Anreize für reguläre Migration aus den betroffenen Regionen schaffen. Deutschland und die EU müssen die Anzahl an Arbeitsmarkt- und Ausbildungsvisa erhöhen. Zudem muss bereits in den betroffenen Staaten über Wege regulärer Migration aufgeklärt und dafür geworben werden.

Wir Freie Demokraten wollen einen fairen Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen in Europa durchsetzen. Um die Flüchtlingskrise zu meistern, braucht es die Beteiligung aller EU-Mitgliedstaaten. Deswegen fordern wir, die Dublin-III-Verordnung durch einen fairen Verteilungsschlüssel zu ersetzen. Flüchtlinge mit Bleibeperspektive müssen nach verbindlichen Quoten verteilt werden. Zur Berechnung der Quoten sind Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft eines Landes maßgeblich. Bei der individuellen Entscheidung müssen auch Kriterien wie familiäre Bindung oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden. Länder, die sich dieser Art der Solidarität verweigern, sollen in einen Fonds einzahlen müssen. Der Fonds soll wiederum Aufnahme- und Grenzstaaten außerhalb der EU bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise finanziell unterstützen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und setzen uns für faire und zügige Verfahren ein. Wir wollen Menschen, die hier Schutz suchen, schnell integrieren. Dazu gehören Sprachkurse und der Zugang zu Schule und Ausbildung von Anfang an. Abschiebungen in Krisengebiete wie Afghanistan lehnen wir ab. Seit Herbst 2015 wurden viele Gesetze für Flüchtlinge verschärft. Die Integrationsmaßnahmen wurden aber nur wenig ausgebaut. Das wollen wir ändern.

Wie steht ihre Partei zu der Legalisierung von sogenannten „weichen Drogen“?



CDU Wir lehnen die Legalisierung ab. Wir sind dagegen, dass der Drogenkonsum verharmlost, geduldet und erlaubt wird. Wir wollen, dass die Menschen gar nicht erst damit beginnen, Drogen zu nehmen. Deshalb müssen bereits Kinder und Jugendliche frühzeitig über die schlimmen Auswirkungen eines Drogenkonsums aufgeklärt werden.

FDP Wir setzen uns für die Legalisierung von Konsum und Besitz von Cannabis als Genussmittel für volljährige Personen ein. Die Freigabe soll dabei streng reguliert werden, um insbesondere dem Jugendschutz Rechnung zu tragen. Mit einer kontrollierten Legalisierung werden illegale Handelsstrukturen gezielt aufgelöst und die Beschaffungskriminalität verringert.

SPD Die SPD sieht eine generelle Legalisierung von Cannabis kritisch und setzt sich seit Jahren für Drogenprävention ein. Cannabis ist keine harmlose Droge. Das gesundheitliche Gefährdungspotential durch regelmäßigen Cannabis-Konsum, insbesondere durch Jüngere darf nicht bagatellisiert werden. Richtig ist, dass die strafrechtlichen Folgen von geringfügigem Cannabis-Konsum nicht den Lebensweg von jungen Menschen zerstören dürfen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
„Weiche“ oder „harte“ Drogen gibt es eigentlich nicht. Keine Droge ist harmlos. Statt plumper Verbote und der Kriminalisierung von Konsumierenden sind wir für eine Regulierung von Drogen. Dazu haben wir ein Cannabis-Kontrollgesetz vorgelegt. Darin enthalten sind die lizenzierte Abgabe in besonderen Fachgeschäften, die Überwachung der Inhaltsstoffe, des Handels und des Anbaus. Damit stärken wir Gesundheits-, Verbraucher- und Jugendschutz.

PIRATENPARTEI Die Legalisierung von Drogen, insbesondere Cannabis, ist eine Kernforderung der PIRATEN. Nur so kann auch der Jugendschutz durchgesetzt werden. Für die Stoffe und ihren Konsum darf nicht geworben werden.

DIE LINKE DIE LINKE befürwortet die Legalisierung von Cannabis. Aufklärung ist wichtig: Alle Drogen sind gesundheitsgefährdend und bergen Risiken. Verbote befördern am Ende nur den Profit von kriminellen Strukturen. Dass in Deutschland Alkohol erlaubt, aber Cannabis verboten ist, hat ausschließlich kulturelle Gründe. Die Konsumenten von Cannabis zu kriminalisieren, ist falsch und bringt nichts. Wichtig ist die Schaffung von Angeboten für Drug-Checking.

AfD Die AfD hat sich gegen eine Legalisierung von Cannabis ausgesprochen.

Wie steht ihre Partei zu der Aussage, dass der Staat wirtschaftlich von dem Verkauf von Drogen profitieren würde?



CDU

Aus unserer Sicht ist es unverantwortlich, seine Haltung zu Drogen von vermeintlichen wirtschaftlichen Vor- oder Nachteilen abhängig zu machen. Drogen und die daraus resultierenden Suchtkrankheiten zerstören viele Menschenleben. Unsere Drogenpolitik folgt einzig dem Wunsch, den Drogenkonsum und seine schlimmen Folgen in unserer Gesellschaft weitmöglichst zu reduzieren.

FDP

Wenn Cannabis ähnlich wie Zigaretten besteuert wird, können jährlich bis zu einer Milliarde Euro zusätzlich eingenommen werden. Dieses zusätzliche Geld soll für Prävention, Suchtbehandlung und Beratung eingesetzt werden.

SPD

Die kontrollierte Abgabe von Betäubungsmitteln durch den Staat ist mit einem hohen Aufwand verbunden, um Qualität und Sicherheit zu gewährleisten und Missbrauch zu verhindern. Ein Profit der öffentlichen Hand durch den Verkauf von Drogen wäre weder zu erwarten noch wünschenswert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Staat „profitiert“ bereits

heute durch Steuern bei Tabak oder Alkohol vom Verkauf von Drogen. Diese Steuern haben neben der rein fiskalischen Bedeutung auch eine präventive Wirkung, weil sie Drogen verteuern. Wir wollen, dass die Einnahmen aus den Steuern stärker als bisher für die Prävention und Suchthilfe eingesetzt werden. In unserem Cannabiskontrollgesetz schlagen wir vor, auch auf Cannabis Steuern zu erheben und so die Prävention zu unterstützen.

PIRATENPARTEI

Diese Aussage ist richtig. Die Einnahmen sollen in die Aufklärung über Drogen und die Vermeidung von Sucht investiert werden.

DIE LINKE

Die Aussage trifft auf Alkohol und Tabak zu, denn hier werden beim Verkauf Steuern fällig. Der Verkauf illegaler Drogen ist eine wesentliche Finanzierungsquelle der organisierten Kriminalität und befördert Beschaffungskriminalität in Folge des Konsums sehr starker und teurer Suchtmittel. Beides ist nicht im Interesse des Staates. Die Legalisierung von Cannabis führt zu mehr Steuereinnahmen und entlastet die Polizei.

AfD

Uns kommt es darauf an, dass der Bürger von einer Entscheidung profitiert. Der Staat profitiert oft von Entscheidungen, zum Beispiel Steuererhöhungen, die dem Bürger schaden.

Was will ihre Partei gegen Müll im öffentlichen Raum, etwa Parks und öffentliche Plätze, unternehmen?

CDU

Die Ordnungsämter, die für die Sauberkeit im öffentlichen Raum zuständig sind, brauchen mehr Personal. Außerdem wollen wir die Zahl der Müllbehälter erhöhen und mehr Möglichkeiten zur Entsorgung von Hundekot schaffen. Zudem soll die Berliner Stadtreinigung ihre Kompetenzen zukünftig auch bei der Reinigung von Parks und öffentlichen Grünanlagen stärker einbringen können. Nicht zuletzt brauchen wir mehr öffentliche Toiletten.

FDP

Wir wollen einen ausreichenden Grünflächenbestand in der Stadt absichern, um die innerstädtische Lebensqualität zu erhalten und die notwendige stadtklimatische Funktion des städtischen Grüns zu erhalten. Die BSR soll hierfür verstärkt auch Parks reinigen. Daneben darf aber das illegale Abstellen und Wegwerfen von Müll nicht weiter toleriert werden. An Brennpunkten müssen für die Verfolgung von Personen, die ihren Müll illegal entsorgen, weitere technische und personelle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

SPD

Das beste Mittel gegen Müll ist die Müllvermeidung. Coffee-to-Go-Becher, Getränke-Dosen und Verpackungsmüll landen besonders häufig auf Grünflächen und auf der Straße. Daher wollen wir Mehrweg- und Pfandsysteme weiter stärken und umweltfreundliche Verpackungen fördern. Gleichzeitig brauchen wir eine gute Umweltbildung in Kitas und Schulen. Wir alle müssen rücksichtsvoll mit der Natur und unseren Mitmenschen umgehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mehr Mehrweg und Pfand führen zu weniger Müll, wir setzen uns für mehr Mehrwegsystem und weniger To-Go Wegwerfverpackungen ein. Wir wollen Verpackungen zielgerichtet verteuern und die Einnahmen für Müllvermeidung und Recycling nutzen. Daneben wollen wir die Produktverantwortung ausweiten: Der Hersteller soll nicht nur für die Produktion, sondern auch für den Müll verantwortlich sein. Denn mit der Herstellung wird festgelegt, wie und ob später verwertet werden kann.

PIRATENPARTEI

Durch Umgestaltungen kann der öffentliche Raum für alle attraktiver werden. Dann gibt es auch weniger Müll. Außerdem müssen ausreichend Müllbehälter aufgestellt werden. Sie müssen so häufig geleert werden, dass sie nicht überquellen.

AfD

Parks und Grünflächen müssen wieder gepflegt und instand gehalten werden. Bürgerinitiativen und Vereine müssen dabei mit einbezogen werden. Papierkörbe und Mülleimer müssen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen und müssen oft genug geleert werden. Gegen Zerstörung und Sachbeschädigung müssen Ordnungsamt und Polizei vorgehen.

DIE LINKE

Gute Arbeitsbedingungen und ausreichend Personal für die jeweilige Stadtreinigung, die im öffentlichen Besitz sein muss und auch für die Ordnungsämter. Der öffentliche Dienst muss in Deutschland endlich wieder gestärkt werden. Wichtig ist Aufklärungsarbeit nicht nur, aber gerade auch in allen Schulen, die zu dem Bewusstsein führt, dass der öffentliche Raum, Parks und Plätze uns allen gehören.

Warum gibt es so wenige Elektroautos?

Wie steht ihre Partei zum Thema Elektromobilität in Berlin?

CDU

Berlin muss bundesweit Spitzenreiter bei der Elektromobilität werden, um weiter ein zentraler Standort für Spitzenforschung und Innovation zu bleiben. Um mehr Elektroautos auf die Straße zu bringen, können Käufer eines solchen Autos auf unsere Initiative hin eine Prämie von bis zu 4000 Euro in Anspruch nehmen. Insgesamt haben wir dafür gesorgt, dass fast 5 Milliarden Euro in die Unterstützung der Elektromobilität geflossen sind.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen die Potenziale der energietechnischen und energiewirtschaftlichen Verknüpfung von Strom, Wärme, Mobilität und Rohstoffen sowie deren Infrastrukturen bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen marktwirtschaftlich nutzen. Wir lehnen eine planwirtschaftliche Umsetzung durch die Bundesregierung ab. Denn wir sehen in staatlicher Investitionslenkung, wie beispielsweise der zwangsweisen Einführung von Elektroautos durch ein Verbot von Verbrennungsmotoren, keine geeignete Klimaschutzstrategie.

SPD

Die Elektroautos sind noch sehr teuer, die Batterieladungen halten nicht lange genug und es fehlt oft in der Nähe die Lademöglichkeit. Und das trotz einer Kaufprämie für E-Autos. Für eine Großstadt sind Elektromobilität, aber auch andere alternative Antriebe, ein ganz wichtiges Thema. Ohne Elektromobilität kann das Klima nicht verbessert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Obwohl
Kanzlerin
Merkel

schon vor Jahren das Ziel „1 Million Elektroautos“ ausgegeben hat, hat ihre Regierung nichts getan, um Elektromobile voranzubringen. Noch immer fördert Deutschland vor allem schwere Autos mit hohem Spritverbrauch, etwa über das Dienstwagenprivileg oder die Steuersubventionen für Dieselmotoren. Das werden wir ändern. Wir Grüne wollen eine Verkehrswende – also mehr Bahn, ÖPNV und Radverkehr und alles miteinander intelligent vernetzt. In Städten wie Berlin wollen wir dabei auch Carsharing auf Basis von E-Autos und Erneuerbarem Strom massiv ausbauen.

PIRATENPARTEI

Industrie und Politik setzen bisher zu sehr auf den Verbrennungsmotor. Es fehlt ein flächendeckendes Netz von Ladestationen. Wir PIRATEN kämpfen für mehr Elektromobilität. Wir PIRATEN fordern einen umlagefinanzierten und somit fahrscheinlosen Nahverkehr. Dadurch würde auch die Zahl der Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor zurückgehen.

DIE LINKE

Elektromobilität muss seitens des Staates angesichts der ökologischen Sackgasse nach Kräften gefördert werden. Die Auto-Lobby hat in Deutschland traditionell einen sehr starken Einfluss und viele Jahre fortschrittliche Regelungen auf dieser Strecke verhindert, weil sie lange Zeit die Entwicklung verschlafen hat. Anreize und Regeln für mehr Elektromobilität befördern den technischen Fortschritt und damit Wachstum und Arbeitsplätze.

AfD

Elektroautos sollten nicht vom Steuerzahler subventioniert werden. Käufer sollten zum Beispiel keine Prämie erhalten. Über die Zahl der Elektroautos entscheiden dann die Bürger selbst durch ihre Kaufentscheidung.

CDU

Wir halten das Holocaustmahnmal in Berlin für ein gelungenes Element unserer Erinnerungskultur. Es beweist, dass sich Deutschland seiner Verantwortung für die eigene Vergangenheit bewusst ist und die Verbrechen der Nationalsozialisten nie vergessen oder verharmlost werden dürfen.

FDP

Dazu haben wir als Partei keine dezidierte Meinung. Ich persönlich finde „Ja“.

SPD

Ja, wir finden es gelungen. Auf unmittelbare Weise erinnert es an ein sehr dunkles Kapitel der deutschen Geschichte. Mitten in Berlin ist es direkt erlebbar, wir können es anfassen und hindurchgehen. Jeden Tag besuchen viele Menschen das Denkmal. Es regt zum Nachdenken und zur Diskussion an. Es lässt uns spüren, wie froh wir über unsere heutigen Freiheiten, über Frieden und unseren Rechtsstaat sein können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Es gibt zu diesem Denkmal keine einheitliche Meinung der Partei. Wie im Rest der Gesellschaft gefällt es den einen mehr, den anderen weniger. Dass so viele Menschen aus aller Welt das Mahnmal besuchen, zeigt uns aber, dass es angenommen wird. Außer Frage steht für uns, dass das Gedenken an die im Nationalsozialismus ermordeten Juden ganz entscheidend zur deutschen Identität dazugehört und niemals abgeschlossen werden darf. Die fabrikmäßige Ermordung von sechs Millionen Menschen – darunter unzählige Kinder und Jugendliche – ist ein Verbrechen, das nie vergessen werden darf. Es kann keinen Schlussstrich geben, auch wenn sich manche Politiker genau dies wünschen. Deshalb ist es gut, dass ein so großes und unübersehbares Denkmal in der Mitte Berlins steht und uns an die Shoah erinnert.

PIRATENPARTEI

Ja.

AfD

Das Gedenken an die Verbrechen der Nationalsozialisten ist wichtig, damit wir aus der Geschichte lernen können. Jüdisches Leben gehört zu unserer Geschichte und zu Berlin. Dazu gehören neben dem Mahnmal, auch das Jüdische Museum und die Synagoge in der Oranienburger Straße.

DIE LINKE

Ja, es ist ein Ausdruck von Souveränität, dass Deutschland der dunkelsten Stunde in seiner Geschichte mit dem Holocaustdenkmal in der Hauptstadt würdig gedenkt. Die Erinnerung und Mahnung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und das singuläre Verbrechen des Holocaust sind sehr wichtig, damit sich Geschichte nicht wiederholt. Die Stelen erinnern an Grabsteine und viele ermordete Juden besitzen kein eigenes Grab.

Diplomaten bekommen keine Strafzettel, alle anderen schon. Wie steht ihre Partei zu dieser Ungleichbehandlung?

CDU

Wir sind grundsätzlich einverstanden damit, dass Diplomaten durch Strafverfolgung geschützt werden. Das ist eine Lehre aus einer Zeit, in der Diplomaten manchmal für Vergehen verfolgt wurden, die sie offensichtlich nicht begangen haben. Wir sind aber empört darüber, dass manche Diplomaten dieses Recht missbrauchen und massenhaft Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr begehen. Diesen Diplomaten muss das Auswärtige Amt Einhalt gebieten.

FDP

Diplomaten besitzen aus Gründen der persönlichen Unversehrtheit im Ausland Immunität. Dies ist beispielsweise wichtig, damit sie nicht aus politischen Gründen verhaftet werden können oder ihre (geheimen) Unterlagen nicht kontrolliert werden können. Daher ist die Tatsache, dass sie keinen Strafzettel bekommen können, eine Nebenerscheinung, die (leider) so hinzunehmen ist.

SPD

Das stimmt. Für diese Ungleichbehandlung gibt es aber Gründe. Diese sind im Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen aufgeführt.

PIRATENPARTEI

Gleichheit vor dem Gesetz ist eine Kernüberzeugung der PIRATEN. Daher ist eine Ungleichbehandlung nicht hinnehmbar.

AfD

Das ist eine internationale Gepflogenheit, die auch für Deutsche im Ausland gilt. Grundsätzlich ist es richtig, dass Diplomaten Immunität genießen, das muss aber für den Straßenverkehr nicht gelten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das ist einerseits ungerecht. Laut Berliner Senat sollen ausländische Diplomaten 2016 fast 23.000 Verkehrsdelikte begangen haben, v. a. Park- und Geschwindigkeitsverstöße. Diplomaten genießen aber nach dem Völkerrecht Vorrechte im Gaststaat. Das gilt auch für deutsche Diplomaten im Ausland. Dazu gehört die Befreiung von der Gerichtsbarkeit. Das soll ihnen die Erfüllung ihrer Aufgabe ermöglichen, den zwischenstaatlichen Beziehungen zu dienen.

DIE LINKE

Die diplomatische Immunität gilt auch für alle deutschen Diplomaten im Ausland! Der besondere Schutz von Diplomaten vor strafrechtlicher, zivilrechtlicher oder administrativer Verfolgung in einem fremden Staat ist v. a. dann wichtig, wenn sie in Staaten tätig sind, in denen Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte nur eingeschränkt oder nicht gelten. Aus dieser Perspektive ist es zu verschmerzen, dass Diplomaten nicht für Strafzettel bezahlen.

CDU

Schokolade - aber wie alle Süßigkeiten in Maßen.

FDP

Definitiv: Schokolade und Gummibärchen und Flips :)

SPD

Welches die beste Süßigkeit ist, kann jeder nur für sich selbst entscheiden. Uns ist es wichtig, dass es allen Kindern und Jugendlichen möglichst leicht fällt, sich gesund zu ernähren. Denn immer mehr Kinder erkranken an Diabetes oder leiden unter Übergewicht. Süßigkeiten sollten deshalb in Grundschulen nicht beworben werden. Das Essen-Angebot in KiTas und Schulen wollen wir indes verbessern. Es soll lecker, gesund und für alle bezahlbar sein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Grüne Gummibärchen!

Wichtig ist uns: Jeder soll erkennen können, welche Lebensmittel in Wirklichkeit Süßigkeiten sind. Daher wollen wir eine Ampelkennzeichnung für Lebensmittel, um versteckten oder zu viel Zucker durch eine rote Kennzeichnung erkennbar zu machen. Dem aggressiven, an Kinder gerichteten Marketing für ungesunde Dickmacher wollen wir einen Riegel verschieben. Die Kita- und Schulpflege wollen wir verbessern und ausbauen.

Ich selbst bin keine „Süße“, aber einem Milchreis mit warmer Mangosoße kann ich auch kaum widerstehen.

PIRATENPARTEI

Obst.
Wir
PIRATEN

haben deshalb auch mehr Obst in den Schulkantinen gefordert.

AfD

Lübecker
Marzipan.

DIE LINKE

Die richtig-roten Gummibärchen, die DIE LINKE als Give-aways an Infoständen und bei Aktionen verteilt.

Wie steht ihre Partei zu der Bezeichnung „vegetarisches Schnitzel“ oder „wie Schnitzel“ für vegetarische Produkte?

CDU

Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland erkennen können, was sie im Supermarkt kaufen. Wenn Produkte irreführende Bezeichnungen haben, kann das schwierig werden. Deshalb wünschen wir uns, dass die Hersteller von Produkten klar und eindeutig kennzeichnen, was sie den Menschen in Deutschland verkaufen wollen.

FDP

Wichtig ist, dass die Konsumenten ein Produkt erkennen können. Also bei der Bezeichnung wissen, was darin ist und was sie kaufen.

SPD

Alle Angaben auf Lebensmittelverpackungen müssen klar verständlich sein. Niemand darf durch Produktbezeichnungen in die Irre geführt werden. Das Projekt Lebensmittelklarheit.de hilft dabei, verwirrende Bezeichnungen zu ermitteln. Sollte sich herausstellen, dass viele Menschen sich durch Bezeichnungen wie "vegetarisches Schnitzel" getäuscht fühlen, werden wir Regeln entwickeln, die für Klarheit bei Verbraucherinnen und Verbrauchern sorgen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lebensmittelbezeichnungen müssen verständlich sein und den Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher entsprechen. Das ist z. B. bei „vegetarischem Schnitzel“ der Fall. Verbraucherbefragungen haben gezeigt, dass trotz ähnlicher Begriffe kaum Verwechslungsgefahr zwischen tierischen und vegetarischen Produkten besteht. Wichtig ist uns, dass es endlich eine verbindliche europäische Definition der Begriffe „vegetarisch“ und „vegan“ gibt.

PIRATENPARTEI

Irreführende Bezeichnungen lehnen wir PIRATEN ab, Kreativität mögen wir.

AfD

Jeder Bürger soll einfach essen, was er mag.

DIE LINKE

Für vegetarische Produkte sollten neue Bezeichnungen gefunden werden. Eine Irreführung der Verbraucher ist zu vermeiden.

Warum werden Jugendliche nicht besser über die Hilfsmöglichkeiten bei Suizidgefährdung aufgeklärt? Was unternimmt ihre Partei für eine bessere Aufklärungsarbeit bei diesem Thema?

CDU

Für uns ist es zentral, dass nicht nur die Aufklärung über Hilfsangebote verbessert, sondern dass der Zugang zur Hilfe leichter möglich wird. Deshalb haben wir ein Gesetz zur Stärkung von Psychotherapeuten verabschiedet, die in der Suizidprävention oft die wichtigste Rolle spielen. Darüber hinaus unterstützen wir die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, deren Aufgabe es auch ist, auf Hilfsangebote bei Suizidgefährdung hinzuweisen.

FDP

Ehrlich gesagt wusste ich nicht, dass es hier ein Problem gibt. Wenn das aber so ist, wäre es schrecklich. Wir Freie Demokraten wollen aber insgesamt mehr Transparenz für Politik und Öffentlichkeit durch ein Online-Register und einen Trägeratlas, in dem alle sozialen Dienstleister mit ihren Projekten und den Finanzierungsvolumina verzeichnet sind.

Die Ausschreibung von Sozialleistungen wollen wir transparenter machen. Wir wollen dafür sorgen, dass Leistungen erfolgsorientiert erbracht werden, um eine nachgelagerte externe Bewertung zu ermöglichen.

SPD

Die Ursachen für Suizide sind vielfältig, und bei jungen Menschen kommen neben gesundheitlichen Gründen wie Depression insbesondere auch soziale Gründe dafür in Betracht. So hat beispielsweise der Suizid durch Mobbing in sozialen Netzwerken bei Jugendlichen in den letzten Jahren zugenommen. Wir wollen Kinder und Jugendliche besser vor Mobbing schützen und in allen Altersstufen vorbeugende Maßnahmen durchführen, vor allem auch in den Schulen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir haben uns im Bundestag dafür eingesetzt, dass Geld für eine Aufklärungskampagne zur Verfügung gestellt wird. Mit der Kampagne soll unter anderem besser auf Hilfsangebote hingewiesen werden. Außerdem wollen wir Angebote zum Beispiel für Schülerinnen und Schüler oder Migrantinnen und Migranten ausbauen. Für Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle wollen wir spezialisierte Beratungsstellen, in Schulen soll über vielfältige Familien- und Lebensmodelle aufgeklärt werden.

PIRATENPARTEI

Wir PIRATEN fordern, Beratung und Aufklärung zu intensivieren und diese auch noch stärker in den Schulalltag zu integrieren.

AfD

Wir setzen uns für starke Familien ein und ein sicheres soziales Umfeld. Das Bildungssystem sollte stärker darauf ausgerichtet werden, den Schülern zu vermitteln, dass es notwendig ist, für sich selbst und andere Verantwortung zu übernehmen. Wo Menschen in Not sind, sind ihre Familie, Freunde und Nachbarn gefragt ihnen zu helfen und sie auch auf Hilfsmöglichkeiten hinzuweisen.

DIE LINKE

Hotlines, Beratungs- und Hilfsangebote zur Suizidprävention nicht nur für Jugendliche, sondern auch für suizidgefährdete Erwachsene sowie für Angehörige müssen mit öffentlichen Mitteln ausgebaut und auskömmlich finanziert werden.

Warum dürfen Homosexuelle in Deutschland nicht heiraten? Wie steht ihre Partei dazu?

CDU

Es gibt Mitglieder in der CDU, die die Ehe als eine Institution sehen, die nur zwischen Mann und Frau geschlossen wird. Andere Mitglieder der CDU sehen hingegen, die Ehe als Institution, in der zwei Menschen für sich Verantwortung übernehmen. Beide Positionen gilt es zu akzeptieren und bei einer Befragung der Mitglieder der CDU Berlin hat sich eine knappe, aber eindeutige Mehrheit gegen die Öffnung der Ehe für Homosexuelle ausgesprochen.

SPD

Die Ehe können in Deutschland nur Mann und Frau miteinander eingehen. Für gleichgeschlechtliche Paare gibt es die Möglichkeit, eine eingetragene Lebenspartnerschaft zu schließen, die der Ehe weitgehend gleich gestellt ist, mit Ausnahme des Adoptionsrechts. Wir wollen, dass auch gleichgeschlechtliche Paare heiraten und gemeinsam Kinder adoptieren dürfen. Dazu haben wir ein Gesetz entworfen, für das es aber im Bundestag derzeit keine Mehrheit gibt.

PIRATENPARTEI

Die Ehe für alle ist insbesondere von CDU/CSU verhindert worden. Wir wollen sie und sogar noch mehr: Wir wollen, dass wie in Frankreich auch Geschwister und Verwandte heiraten können. Ja, sogar mehr als zwei Personen sollen heiraten können. Die Ehe soll durch eine Lebensgemeinschaft ersetzt werden. Nicht der Staat soll für die Ehe zuständig sein, sondern man heiratet, indem man einen Vertrag mit gegenseitigen Rechten und Pflichten schließt.

AfD

Homosexuelle Paare haben die Möglichkeit, eine eingetragene Lebenspartnerschaft einzugehen, in der die wichtigen Fragen des Zusammenlebens geregelt sind. Diese Regelung ist richtig. Die Ehe besteht aus Mann und Frau.

FDP

Die wichtigsten Entscheidungen sind oft die persönlichsten. Wen wir lieben, wie wir lieben, wie wir leben, wie wir Kinder erziehen und aufziehen – darin müssen alle frei sein. Der Staat und die Gesellschaft können Glück nicht verordnen. Glück kann nur jeder und jede für sich selber finden. Lassen wir jedem diese Freiheit!

Wir Freie Demokraten fordern die Öffnung der Ehe für alle. In der halben EU, den USA, Kanada, Südafrika und selbst in Teilen Mittel- und Südamerikas wurde die gleichgeschlechtliche Ehe bereits anerkannt. In Deutschland stellt man sich jedoch immer noch gegen ein Stück Fortschritt, der für viele gar nichts, aber für manche alles ändert. Wir Freie Demokraten wollen das Prinzip „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte“ für alle Paare umzusetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir wollen die „Ehe für alle“ auch in Deutschland ermöglichen. Wenn zwei Menschen sich lieben und füreinander Verantwortung übernehmen wollen, dann verdient das Respekt. In 22 Ländern weltweit, davon 13 in Europa, können sich schwule und lesbische Paare das Ja-Wort geben. Warum soll in Deutschland nicht möglich sein, was vielerorts geltendes Recht ist? Das Eheverbot für schwule und lesbische Paare passt nicht zu unserem modernen Land Deutschland.

DIE LINKE

DIE LINKE befürwortet die Möglichkeit, dass gleichgeschlechtliche Paare heiraten können und lehnt jede Benachteiligung aufgrund der sexuellen Orientierung strikt ab.

Wie sieht ihre Partei die Behandlung von älteren Menschen in Seniorenheimen? Und was will ihre Partei unternehmen, damit alle Menschen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation, eine angemessene Versorgung in einem Seniorenheim erhalten?

CDU

Wir sorgen dafür, dass die Pflegeversicherung in Deutschland ihre Aufgaben erfüllt. Dazu zählt auch die Versorgung älterer Menschen im Pflegeheim, wenn ein Leben in den eigenen vier Wänden nicht mehr möglich ist. In Berlin wollen wir eine Pflegekammer einrichten, die die Interessen der Pflegekräfte vertritt und so dazu beiträgt, dass die wichtige Arbeit von Pflegekräften in Deutschland zukünftig gesellschaftlich noch stärker anerkannt wird.

SPD

Jeder Bericht über Gewalt gegen ältere oder behinderte Menschen in Einrichtungen wie Seniorenheimen muss darauf hin geprüft werden, welche Gründe und Umstände dazu führen. Wir brauchen Strukturen, die Gewalt vermeiden helfen, und ausreichend gut ausgebildetes Personal. Im Übrigen gilt für uns der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt und wollen dies auch.

PIRATENPARTEI

Wir PIRATEN fordern für soziale Einrichtungen so viel Personal, dass alle älteren Menschen gut betreut werden können. Bezahlung und Arbeitszeiten müssen angemessen sein. Wir fordern ein Recht auf sichere Existenz und Teilhabe. Unter anderem gehört dazu ein bedingungsloses Grundeinkommen. Damit könnte auch die Versorgung älterer Menschen sichergestellt werden.

AfD

Die Familienarbeit sollte gefördert werden, damit ältere Menschen auch wieder verstärkt von Angehörigen gepflegt werden können. In Seniorenheimen müssen menschliche Bedingungen herrschen. Wir wollen den Lebensabend älterer Menschen langfristig sichern. Dafür soll die private und betriebliche Altersvorsorge gestärkt und der Steuerzuschuss zur öffentlichen Rente erhöht werden. So wollen wir Altersarmut verhindern.

DIE LINKE

DIE LINKE will, dass niemand aus Kostengründen in ein Heim gezwungen wird und die Unterstützungsstrukturen so ausbauen, dass Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt in ihren vier Wänden leben können. Die Qualität von Seniorenheimen ist sehr unterschiedlich und eine Ausweitung der Kontrollen ist nötig. DIE LINKE fordert die Einführung einer solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung, die alle Einkommen einbezieht.

FDP

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine sinnvolle Verknüpfung und Verzahnung der verschiedenen Sozialgesetzbücher ein. Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft müssen die Leistungen für Gesundheit und Pflege, aber auch für Menschen mit Behinderungen im Falle einer Erkrankung oder bei Eintritt der Pflegebedürftigkeit besser miteinander verzahnt werden. Zudem sollten die Sozialgesetzbücher verschlankt werden. Denn die Unübersichtlichkeit führt zu einer zunehmenden Bürokratisierung, unsinnigen Kontrollen und einer zunehmenden Verunsicherung bei Ärzteschaft, Pflegekräften und Patientinnen und Patienten.

Wir Freie Demokraten wollen, dass bei Heil- und Pflegeberufen die Patientinnen und Patienten im Vordergrund stehen und nicht die Bürokratie. Daher wollen wir den Aufwand für Bürokratie und Dokumentation vermindern, damit mehr Zeit für Zuwendung zu pflegebedürftigen Menschen zur Verfügung steht. Ein Lösungsansatz ist unter anderem die verstärkte Nutzung von IT- und Assistenzsystemen. So stellen wir eine menschenwürdige Begleitung sicher.

Wir Freie Demokraten fordern mehr gesellschaftliche Wertschätzung und Würdigung der professionellen Pflege. Pflegenden tragen große Verantwortung, sind fachlich qualifiziert und sind körperlich und psychisch stark gefordert. Das muss sich in der Vergütung ihrer Arbeit widerspiegeln. Damit fördern wir die Attraktivität des Berufes. Darüber hinaus fordern wir die integrative Ausbildung der Pflegekräfte. Integrative Ausbildung bedeutet ein gemeinsames erstes Ausbildungsjahr und spezialisierte Folgejahre. Eine generalisierte Einheitsausbildung lehnen wir ab. So erhalten wir eine kompetente Kinder-, Kranken- und Altenpflege. Zudem wollen wir familienfreundliche Arbeitszeitmodelle fördern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Viele Pflegekräfte in den Heimen tun ihr Bestes, um die älteren Menschen gut zu versorgen. Wenn das einmal nicht gelingt, liegt das oft daran, dass zu wenige Pflegekräfte zu viele Menschen versorgen müssen. Wir wollen mit einer besseren Ausbildung, einer anderen Finanzierung und mit konkreten Personalvorgaben dafür sorgen, dass mehr Menschen in der Pflege arbeiten. So können die Bewohnerinnen und Bewohner auch besser versorgt werden, das hat für uns oberste Priorität.

CDU

Wir glauben nicht, dass Transgender-Toiletten ein Problem sind, das für viele Menschen große Bedeutung hat. Wir glauben auch nicht, dass Toleranz- und Akzeptanzprobleme von Trans-Menschen mit für sie eigenen Toiletten plötzlich gelöst wären.

SPD

Wir wollen in einer offenen Gesellschaft leben. Dies verlangt von allen, andere zu respektieren – auch wenn uns etwas fremd oder ungewohnt ist. In Berlin gibt es Toiletten für alle Geschlechter in einer Senatsverwaltung. Wir sind für Gleichstellung – unabhängig davon, welches Geschlecht jemand hat oder zu welchem die Person sich zugehörig fühlt. Dazu gehört, öffentliche Toiletten, etwa als Trans*mann oder Trans*frau, benutzen zu können.

PIRATENPARTEI

Finden wir gut. Wir PIRATEN wollen auch, dass der Staat das Merkmal Geschlecht nicht mehr erfasst und es nicht mehr im Personalausweis steht.

AfD

Wir halten das für ausgemachten Blödsinn.

FDP

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Universalität der Menschenrechte und lehnen jegliche Versuche ab, ihre Anwendbarkeit zu relativieren. Wir wenden uns gegen jede Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Religion, Hautfarbe, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung, Behinderung, Alter oder eines sonstigen Status. Die Unterdrückung oder Angriffe auf andere Menschen und Bevölkerungsgruppen sind stets Angriffe auf die Freiheit der ganzen Gesellschaft. So treten wir entschlossen der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen entgegen.

Wichtig ist daher, dass allen Menschen freigestellt wird, für welches Geschlecht sie sich bei der Wahl der Toilette entscheiden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Trans- und intergeschlechtliche Menschen erfahren oft diskriminierende Erlebnisse wie Raumverweise, Beleidigungen und sogar Gewaltandrohungen, so dass der Besuch öffentlicher Toiletten häufig ganz gemieden wird. Diskriminierungsfreie Toiletten für alle Geschlechter können hier ein Ausweg sein. Das hat z. B. der Stadtrat von New York im vergangenen Jahr beschlossen. Und nebenbei: Die Deutsche Bahn fährt seit Menschengedenken mit Unisex-Toiletten.

DIE LINKE

Die Bedürfnisse von Trans- und Intersexuellen und Transgender sind besser zu berücksichtigen. DIE LINKE fordert Unisextoiletten in öffentlichen Gebäuden.

Was würde ihre Partei an der derzeitigen Integration in allen gesellschaftlichen Bereichen verändern?

CDU

Wir glauben, dass die Integration von Menschen in unsere Gesellschaft insgesamt schon ganz gut funktioniert. Ganz wichtig ist aber, dass wir den Menschen die Chance geben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Das heißt auch, dass die Menschen selbstbestimmt leben können. Die Chance auf einen Arbeitsplatz ist dafür zentral. Dass jeder Mensch diese Möglichkeit erhält, ist für uns die zentrale Herausforderung, die wir bewältigen wollen.

SPD

Integrationskurse sollen besser auf Zielgruppen ausgerichtet werden. Sie sollen außerdem grundsätzlich allen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Geduldeten offenstehen, sofern nicht von vornherein klar ist, dass sie nicht in Deutschland bleiben. Die Aussetzung des Familiennachzuges darf nicht verlängert werden. Sie verhindert Integration.

PIRATENPARTEI

Die Vision der PIRATEN ist eine vernetzte Gesellschaft, die sowohl von Solidarität als auch von Eigenverantwortung geprägt ist.

AfD

Wer in ein anderes Land einwandert, der muss sich an die Regeln des Landes anpassen. Einwanderer müssen die Sprache lernen, die Gesetze achten, die einheimische Kultur respektieren. Wir wollen keine Kopftücher im öffentlichen Dienst und keine Vollverschleierung. Wir wollen, dass Einwanderer, die Deutsche werden wollen, ihren alten Pass abgeben und den deutschen Pass annehmen. Die AfD lehnt die doppelte Staatsbürgerschaft ab.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wer Mitglied dieser Gesellschaft werden soll, braucht Rechte und Zugänge. Wer Teil dieser Gesellschaft sein will, braucht Sprache und Motivation.

Wir wollen, dass Geflüchtete von Anfang an Deutsch lernen oder zur Schule gehen können, egal woher sie kommen. Und wir wollen denen ein sicheres Bleiberecht gewähren, die sich hier gut integriert haben. Unsere Integrationspolitik fördert das Ankommen und nicht die Ausgrenzung.

FDP

Wir Freie Demokraten sehen nicht nur die Herausforderungen in unserem Land. Vor allem sehen wir ein Land voller Kraft und Gestaltungswillen. Ein Land, das platzt vor Ideen. Ein Land voller brachliegender Potenziale. Und wir sehen die Chancen, die in den Herausforderungen unserer Zeit stecken. Möglichkeiten, die darauf warten, von uns beim Schopfe gepackt zu werden – wenn man sich nicht von Angst, sondern von „German Mut“ leiten lässt:

- Die Individualisierung der Gesellschaft öffnet den Menschen vielfältige Lebenswege, für die wir sie durch beste Bildung stark machen wollen.
- Die Digitalisierung ist eine gewaltige Chance für mehr Wohlstand, selbstbestimmteres Arbeiten und einen unkomplizierteren Staat.
- Die starke Einwanderung nach Deutschland ist ein Anlass, endlich für ein vernünftiges Einwanderungsrecht und klare Anforderungen für Integration zu sorgen.
- In Zeiten von Rekordeinnahmen müssten Haushalte und soziale Sicherungssysteme für die Zukunft fit gemacht und die Bürger entlastet werden.
- Wenn sich echte Lücken in unserer Sicherheitsarchitektur auftun, dann muss man sie punktgenau reparieren, statt mit Symbolpolitik alle Bürger unter Generalverdacht zu stellen.
- Wenn Nationalisten Europa mit Propaganda sturmreif schießen wollen, dann muss man für Europas Stärken werben, aber auch genauso entschlossen seine Schwächen beheben.

Wir Freie Demokraten sind der festen Überzeugung: Wir können etwas tun – schauen wir nicht länger zu!

DIE LINKE

Integration bedeutet aus linker Sicht nicht Assimilation, sondern Partizipation. Diskriminierungen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt müssen bekämpft werden. Alle öffentlichen Einrichtungen müssen sich interkulturell öffnen. Im Öffentlichen Dienst soll der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund demjenigen in der Gesellschaft entsprechen. Die interkulturelle Kompetenz muss in Schule und Ausbildung ein noch größeres Gewicht bekommen.

Schirmherr U18

Ralf Wieland, Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses

Das U18-Netzwerk

Organisiert und getragen wird die U18-Initiative von einem Bundesnetzwerk und in Berlin von dem U18-Netzwerk mit öffentlichen und freien Trägern, Jugendverbänden, landesweiten und bezirklichen Akteuren der Kinder- und Jugendbeteiligung sowie weiteren Engagierten.

Hier gibt es Infos, Material und Beratung: **U18.org**

Kontakt

U18-Koordinierungsstelle Berlin

c /o Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin

Stiftung SPI

GB Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung

Karin Bremer, Katharina Wengenroth

Frankfurter Allee 35 – 37

Aufgang C

10247 Berlin-Friedrichshain

Telefon: 030 493 001 94

E-Mail: U18-berlin@stiftung-spi.de

Finanziert aus dem Zweckertrag der Lotterie „PS-Sparen und Gewinnen“ der Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse.

Landeskoordinierungsstelle Berlin:

U18 Berlin wird gefördert durch:

Medienpartner:

Unterstützt von:

Stiftung SPI
Lebenslagen, Vielfalt &
Stadtentwicklung



Senatsverwaltung
für Bildung, Jugend
und Familie

